



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/73 - 28. März 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 386 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1

Verkehrsnotstand

46

Alarmruf des Deutschen Städtetages rechtfertigt
Warnungen der Opposition

2 - 3

Über den Umgang mit dem Herrn Bundesinnenminister

51

Von Hermann Schmitt-Vockenhausen, MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Innere

3

Unter Beschuss geraten

23

Die Londoner "Times" und General Fousinger

4 - 5

Das neue Regierungsteam der ÖVP

65

Unverbrauchte Kräfte kommen zum Zuge
Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

6

Anti-SPD-Trend genügt nicht mehr

32

Ein neuer "Kontinent"

6

MID - Münchner Informations-Dienst

16

Großzügig und gegebenenfalls - kostenlos

Verkehrsnotstand

Alarmruf des Deutschen Städtetages rechtfertigt Warnungen der Opposition

Es dürfte wohl niemanden in der Bundesrepublik geben, der daran zweifelt, dass der Alarmruf des Deutschen Städtetages, Bund und Länder sollten den Gemeinden bei ihren Bemühungen zur Überwindung der Verkehrsnotstände behilflich sein, berechtigt ist. Unsere Städte und Gemeinden müssen seit Jahren Verkehrsaufgaben bewältigen, zu deren Finanzierung ihre eigenen Kräfte nicht ausreichen. Als das Grundgesetz geschaffen wurde und als man den Finanzbedarf von Aufgaben ausserhalb der Bundeskompetenz einordnete, konnte kaum jemand überssehen, welche ungeheuren Aufschwung der Verkehr in der Bundesrepublik nehmen werde.

Städte und Gemeinden sind gewachsen, noch vor zehn Jahren freies Gelände zwischen Großstädten ist inzwischen Wohngebiet geworden, und auch auf kürzeren Strecken - also ausserhalb der Autobahnen - hat der Personen- und Lastwagenverkehr derart zugenommen, dass nicht nur ständig neue Gefahrenzonen entstehen, sondern auch durch die Erschütterung des Bodens in manchen Dörfern ganze Häuserreihen defekt werden. Das Problem der Luftverschmutzung, das einen Teilaspekt der Verkehrsnot darstellt, sei hier nur am Rande erwähnt.

Erstaunlich ist bei der jetzt in der Öffentlichkeit über alle diese Fragen entstandenen Diskussion eine Beobachtung: Kaum jemand scheint sich heute daran zu erinnern, dass die Sozialdemokratische Partei schon im Jahre 1956 auf einer grossen verkehrspolitischen Tagung in Hamburg auf die zu erwartenden Verkehrsnotstände hingewiesen und von Bund und Ländern ein schnelles Eingreifen gefordert hat. Auf ihrer zweiten verkehrspolitischen Tagung im Februar dieses Jahres in Stuttgart hat die Sozialdemokratische Partei erneut und mit noch grösserer Dringlichkeit den ganzen Komplex des Verkehrsnotstandes von hervorragenden Fachleuten bearbeiten lassen und konkrete Vorschläge zur Überwindung eines jetzt endlich von aller Seiten als unhaltbar erkannten Zustandes gemacht. In den fünf Jahren zwischen den beiden verkehrspolitischen Tagungen der SPD liegenden Jahren hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion mehrfach durch entsprechende Anträge die Bundesregierung auf ihre Verpflichtungen hingewiesen und ebenfalls - meist im Rahmen der Beratungen - die mangelnde Zielstrebigkeit der Verkehrspolitik aufgezeigt. Jetzt, kurz vor der Bundestagswahl 1961, rückt man sich auch in Bonn. Verkehrsexperten der Regierungsparteien und namhafte Publizisten übernehmen Argumente und Vorarbeiten der Opposition, wobei sie merkwürdigerweise so tun, als ob sie ganz neue Erfindungen zur Lösung der Verkehrsprobleme auf den Markt bringen.

Wir sind nicht ungehalten darüber; stellen wir doch mit einer gewissen Freude fest, dass sich das ständige Drängen der Opposition auch in diesem Falle auszuzahlen beginnt. Schliesslich geht es bei den Verkehrsproblemen nicht um ein parteiegoistisches Anliegen, sondern um die Verwirklichung einer Politik, die einen tatsächlichen Notstand beheben soll. Zur Erreichung dieses Zieles ist der Sozialdemokratie jeder Bundesgenosse willkommen; - auch dann, wenn er etwas spät auf der Bildfläche erscheint.

Über den Umgang mit dem Herrn Bundesinnenminister

Von Hermann Schmitt-Wockenhausen, MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Inneres

Der Bundesinnenminister hat am 21. März 1961 einen Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion geschrieben, in dem er mitteilte, daß zur Zeit eine japanische Delegation die Gegner der atomaren Bewaffnung in der Bundesrepublik besuche und daß diese Reise in enger Zusammenarbeit mit einer kommunistischen Gruppe organisiert werde. Er bitte den Fraktionsvorsitzenden, die Abgeordneten entsprechend zu informieren.

Über den Inhalt dieses Briefes ist kein Wort zu verlieren. Wenn der Innenminister die ihm auf dem Gebiet des Staatsschutzes zur Kenntnis gelangten Informationen den Mitgliedern des Parlaments mitteilt, kann das nur begrüßt werden.

Zutiefst befremden aber muß die äußere Form dieses Briefes. Wenn sich ein Bundesminister an den Vorsitzenden einer Bundestagsfraktion wendet, so darf man erwarten, daß er oder einer seiner beiden Staatssekretäre den Brief unterschreiben. Diesen Brief hat aber ein Urverabteilungsleiter gezeichnet und dabei prompt eine Form gewählt, die dem eines Erlasses des Ministeriums an eine nachgeordnete Behörde gleichkommt. Weder hat er für den Empfänger, den Führer der Opposition im Bundestag, eine Anrede für nötig befunden, noch den Brief mit einem "Hochachtungsvoll" beschlossen, auf das jeder Verfasser einer Eingabe an das Innenministerium einen Anspruch hat.

Sich öffentlich zu beklagen könnte der Opposition als mimenhafte Empfindlichkeit ausgelegt werden. Leider ist dieser unhöfliche Brief vom 21. März kein Einzelfall, denn er paßt in das Bild, das der jetzige Bundesinnenminister seiner Gesprächspartner von sich vermittelt hat. Lange bevor der Entwurf seines Notstandsgesetzes dem Bundesrat zugeleitet wurde, kam es zweimal zu Gesprächen zwischen Abgeordneten der SPD und Herrn Dr. Schröder und seinen Beamten. Beide Male machte der Minister den Abgeordneten wohl den Entwurf mündlich bekannt, weigerte sich aber, ihnen den Text zu genauem Studium in die Hand zu geben.

Der vorletzte Fall liegt erst einige Monate zurück. Als das Kabinett den Entwurf des Ein- und Ausreisegesetzes gebilligt hatte, bat Herr Dr. Schröder die Fraktionsvorsitzenden zu sich. Er überreichte ihnen den bis dahin unbekanntem Gesetzestext, zu dem die Eingeladenen selbstverständlich

28. März 1961

lich erst eine genaue Durchsicht der Paragrafenfolge ankündigen mußten. Eine Stunde später aber übergab Herr Dr. Schröder denselben Entwurf der Presse, nicht ohne beiläufig zu erwähnen, daß die Fraktionsvorsitzenden von dem neuen Gesetz "vorher" unterrichtet worden seien.

Der Brief vom 21. März ist die Krönung dieser Reihe. Er enthält zwar weder Anrede noch Grußformel noch seine Unterschrift, dafür aber den ausdrücklichen Vermerk "Vertraulich"! Man kann deshalb nur unterstellen, Herr Dr. Schröder habe sich über den Vorsitzenden einer Bundestagsfraktion lustig machen wollen, als er den Inhalt seines vertraulichen Schreibens vom 21. März vier Tage später, am 25. März, im "Bulletin" der Bundesregierung (S. 570) abdrucken ließ!

Politische Gegnerschaft in der Demokratie ist kein Unglück, sie ist sogar ihr Lebenselement. Aber sie sollte in gesitteten Formen ausgetragen werden und sich wenigstens der hierzulande üblichen Höflichkeitsformen bedienen. Wenn dem derzeitigen Bundesinnenminister an einer ersprießlichen Zusammenarbeit mit der Opposition gelegen ist, dann sollte er sich so verhalten, wie man es mit Recht von einem Mitglied der Bundesregierung erwartet.

+ + +

In Beschuß geraten.

sp - General Heusinger, früher Generalinspekteur der Bundeswehr und jetzt Vorsitzender des Planungsausschusses der Standing-Group der NATO in Washington, hat sich der Unmut der sonst recht besonnenen Londoner "Times" zugezogen. Sie zitiert einen kürzlich im "Bulletin" veröffentlichten Artikel Heusingers, in dem dieser die Ausrüstung der Schildstreitkräfte am Eisernen Vorhang mit Atomwaffen empfahl. Der Artikel war unter ganz anderen Voraussetzungen schon vor vielen Monaten geschrieben, aber erst kürzlich auf Drängen von Verteidigungsminister Strauß aus der Schublade herausgeholt worden. Das kann natürlich die "Times" nicht wissen. Sie nennt Heusingers Empfehlung einen gefährlichen Vorschlag, denn "Atomwaffen so weit vorn einsetzen, hieße jede Hoffnung vernichten, einen Einfall aus dem Osten mit herkömmlichen Waffen abwehren zu können". Die "Times" zielt auf Heusinger, gemeint ist aber Strauß. Daß der um den Aufbau der Bundeswehr verdiente General Heusinger nun unter Beschuß der einflußreichen britischen Zeitung gerät, gibt Anlaß zu Besorgnis. So weit kommt es aber, wenn ein ehrgeiziger Verteidigungsminister zur Propagierung seiner auch im Westen mit Mißtrauen verfolgten Pläne Generale vorschickt und sich dabei selbst im Hintergrund hält. Kann sich Strauß nicht endlich daran gewöhnen, die Bundeswehr und ihre Generale dem Primat des Politischen fernzuhalten? Mit einer vor ihm verankerten "Generalsdenkschrift", deren Wirkungen auf die Weltöffentlichkeit noch heute zu spüren sind, sollte Strauß eigentlich genug haben.

+ + +

Das neue Regierungsteam der ÖVP

Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Was gewöhnlich nur nach Wahlen geschieht, ist diesmal ganz unversehens erfolgt: Eine weitgehende Umwandlung der österreichischen Bundesregierung, soweit es sich um ÖVP-Politiker handelt. Ausgelöst wurde sie durch den für den 11. April angekündigten Rücktritt des Bundeskanzlers Ing. Julius Raab, der selbst seinen Nachfolger bestimmte: Dr. Alphons Gorbach, derzeit dritter Präsident des Nationalrates und ÖVP-Parteivorsitzmann.

Die österreichische Bundesregierung besteht aus 16 Mitgliedern, und zwar einem Bundeskanzler (ÖVP), einem Vizekanzler (SPÖ), zehn Bundesminister (je 5 ÖVP und SPÖ) und vier Staatssekretären (je zwei ÖVP und SPÖ). Das Gleichgewicht ist also gewahrt. Der Vizekanzler ist mit der Leitung der gesamten verstaatlichten Industrie betraut.

Der designierte Bundeskanzler Dr. Gorbach hat nun vier ÖVP-Regierungsglieder ausgewechselt: 1. Finanzminister Dr. Josef Klaus (50), bisher Landeshauptmann von Salzburg, tritt an die Stelle von Minister Dr. Eduard Heilingsetzer, 2. Verteidigungsminister Dr. Karl Schleisner (37), ÖVP-Landesobmann von Kärnten, an die Stelle von Minister Ferdinand Graf, 3. Staatssekretär im Innenministerium Dr. Otto Kramschmayer (49), ÖVP-Abgeordneter und Staatsanwalt, an die Stelle von Staatssekretär Franz Grubhofer und 4. Staatssekretär im Außenministerium Dr. Ludwig Steiner (39), Legationsrat, an die Stelle von Staatssekretär Prof. Dr. Franz Gschäpitzner. Dritter Parlamentspräsident wird Dr. Alfred Maletz (55).

Die neuen Regierungsglieder sind unverkennbar persönliche Vertrauensleute des künftigen Bundeskanzlers Dr. Gorbach. Die Sozialistische Partei hat nach Bekanntwerden der Nominierung erklärt, sie werde ihnen unvoreingenommen entgegenstehen und sie ausschließlich nach ihrer künftigen Tätigkeit in der Regierung beurteilen. Viel mehr hätte sich auch kaum sagen lassen, denn diese neuen Männer sind - mit Ausnahme von Dr. Josef Klaus - weithin unbekannt.

Der tiefgreifenden Änderung des ÖVP-Regierungsteams müssen nach allen bisherigen Erfahrungen innerhalb der Parteiführung heftige

23. März 1961.

Kämpfe vorausgegangen sein. Es zeigt sich aber, dass Dr. Gorbach, bei dem man allgemein eine gewisse Schwäche erwartet hatte, gar nicht so schwach ist, sondern sich in seinen eigenen Reihen gut durchgesetzt hat. Er hat aber nicht nur diese parteiinterne Machtprobe bestanden, sondern mit der Nominierung seiner neuen Mitarbeiter in der Regierung zwei Grundsätze verwirklicht, die ihm besonders wichtig erscheinen mögen. 1. Er hat das föderalistische Prinzip noch stärker als bisher betont (schliesslich kommt er selbst aus der Steiermark) und 2. er hat die ÖVP-Regierungsmannschaft stark verjüngt.

Konservative Parteien in Österreich finden seit Jahrzehnten ihren Rückhalt in den bäuerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen der Bundesländer, während die Sozialisten immer in den Städten, vor allem in der Bundeshauptstadt Wien, über eine starke Anhängerschaft verfügten. Allerdings haben sich die Dinge in den letzten Jahren gewandelt und die Sozialisten waren auch "auf dem Dorf" erfolgreich. Zur Betonung des föderalistischen Prinzips stammen nun alle vier neuen Regierungsmitglieder aus den Bundesländern, und zwar nicht bloss ihrer Geburt nach, sondern bis in ihre jüngste Tätigkeit hinein, abgesehen vielleicht von Staatssekretär Dr. Steiner, der als Diplomat von Sofia nach Wien berufen wurde.

Der bisherige Staatssekretär Prof. Dr. Gschnitzer (62), an dessen Stelle Dr. Steiner nunmehr tritt, genoss in Österreich besonders hohes Ansehen. Er war auch schon insofern eine bemerkenswerte Ausnahme innerhalb der ÖVP-Führung, als er als einziger Politiker dieser betont katholischen Partei konfessionslos ist, und das, obwohl er aus dem "heiligen Land Tirol" stammt.

Aber auch er musste einer jüngeren Kraft Platz machen. Und das ist an dem neuen Gorbach-Kurs der ÖVP äusserst bemerkenswert: Man will die kommenden schweren Aufgaben mit jungen, unverbrauchten Kräften bewältigen. In der SPÖ hat vor einigen Jahren der "Generationswechsel" stattgefunden, nun ist auch die ÖVP so weit und hat in Bezug auf jüngere Kräfte sogar die SPÖ überflügelt: Zwei der vier neuen Männer sind unter 40 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der Regierungsmitglieder der SPÖ beträgt 54 Jahre, jenes der ÖVP jedoch nur 49,5 Jahre. Zwischen konservativ und konserviert macht, wie man sieht, die österreichische Bruderpartei der CDU einen Unterschied.

Anti-SPD-Trend genügt nicht mehr

sp - Mit erheblichen Finanz- und Propagandaaufwand erschien dieser Tage in Köln in einer Anfangsausgabe von, wie es heisst, 100 000 Stück ein als "klassisch" angekündigtes Wochenmagazin unter dem nicht allzu phantasiereichen Titel "Kontinent". Über dieses publizistische Vorhaben hatten schon Monate vorher Informations- und sonstige Pressedienste mehr oder minder ausführlich und mehr oder minder zutreffend berichtet, und nun stellt es sich als eine Art deutsch-französisches Gemeinschaftsunternehmen heraus, das von munter fließenden Industriegeldern - man spricht von Thyssen und Rothschild - gespeist wird. Ein schweizer Journalist wurde Koordinator der deutschen und der französischen Ausgabe, ein bisher nur im Illustriertensektor beheimateter deutscher Journalist Chef der deutschen Version. Die erste Ausgabe stellt sich als ein verblüffendes Spiegelbild des amerikanischen Nachrichtenmagazins "Time" heraus, worunter offensichtlich der Werbehinweis "klassisch" motiviert werden soll. Vom Titelbild strahlt in vielverbundener Mr. Kennedy.

So weit so gut, und die Sorge, ob dieser neueste Versuch einer "Spiegel"-Konkurrenz seinen Weg machen wird, soll nicht unsere Sache sein. Unsere Sache ist aber der politische Trend, der trotz aller bemühten Dosisierung nun doch schon in der allerersten Ausgabe dieses "Kontinent" auch für den Nichtkenner deutlich genug wird. Der Trend einer pointierten Distanz gegenüber der SPD nämlich, wie er beispielsweise in den, im Übrigen nicht sehr interessanten und auch nicht sehr gekonnten Bericht über die Haushaltsdebatte des Bundestages munter durchschimmert. Auch an anderer Stelle erkennt man den Weg, den die Herren im innenpolitischen Bereich offenbar einschlagen wollen, und die Kräfte, auf die sich die Kölner Chefredaktion im Bonner Raum stützt, werden sich diesem Trend kaum aus Überzeugung entgegenstellen.

Wir meinen, dass eine solche Linie weder origineell noch auch lukrativ sein dürfte. Distanz oder Gegnerschaft gegen die SPD mag vielleicht im partipolitischen Bereich noch manche Publikationsorgane am Leben erhalten. Für andere Presseerzeugnisse ist der Anti-Trend heute wirklich nicht mehr genug.

- + +

MID - Münchner Informations-Dienst

sp - In München gibt Dr. Heino Sornetzi seit einiger Zeit einen Pressedienst heraus, dessen Tendenz recht unverhohlen gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist. Das wäre weiter nichtinteressant, wenn ja gegenwärtig in Vorbereitung der Bundestagswahl eine ganze Reihe von Publikationen billig oder sogar kostenlos auf den Markt geworfen werden, nur zu dem Zweck, die sozialdemokratische Publizistik von rechts zu "unterwandern." Viel interessanter ist die Tatsache, dass Herr Dr. Sornetzi Pressereferent des Bucheristischen Weltkongresses war und schon von dieser Tätigkeit her über ausgezeichnete Verbindungen zur CDU/CSU verfügen dürfte. Der "Münchner Informations-Dienst" wird - wie es heisst - "gegen Kostenerstattung" versandt. Dem Vernehmen nach sind die Herausgeber jedoch auch bereit, den Dienst kostenlos zu "streuen", wenn es ihnen politisch angebracht erscheint. Angeblich soll es Herrn Dr. Sornetzi wirtschaftlich so gut gehen, dass er sich eine solche grosszügige Belegung der bundesrepublikanischen Publizistik erlauben kann...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markschefel